



Wer die Kinder erwerbsloser Eltern von elementarer Bildung ausschließen will, betreibt Bildungs-Apartheid.

Zu den rot-grünen Gesetzesvorhaben zur Einführung von Zugangsbeschränkungen für die Kindertagesstätten

Die Konfusion in der Bildungspolitik der SPD ist nicht mehr auszuhalten. Da fordert einerseits SPD-Generalsekretär Olaf Scholz, Deutschland müsse jedem Kind "von der Geburt bis zum Ende der Schulpflicht im Rahmen einer gesamtstaatlichen Bildungsoffensive eine Ganztagsbetreuung garantieren". Gleichzeitig plant die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit ihrem Regierungspartner "Hort- und Krippenplätze in Zukunft vorrangig nur noch Kindern von Erwerbstätigen zur Verfügung zu stellen".

Der SPD-Oberbürgermeister von Leipzig, Tiefensee, prescht vor und führt auf wackliger rechtlicher Grundlage bereits jetzt solche Zugangsschranken ein. Dabei ist heute in der Fachwelt unumstritten: Bildung muss in den ersten Lebensjahren beginnen. Niemand hat eine größere Fähigkeit, Neues spielend leicht und ohne Vorurteile aufzunehmen, als Kinder im Vorschulalter. Niemand kann leichter Fremdheit überwinden. Kindertagesstätten mit Bildungsplänen sollten deshalb allen Kindern ab dem zweiten Lebensjahr angeboten werden. Bereits in Kindergarten und Krippe müssen die Kinder elementare soziale und methodische Kompetenzen erwerben können. Sozial bedingte Bildungsschranken müssen gerade in dieser Phase verhindert werden. Deshalb muss der Zugang zu Kindertagesstätten ohne Vorbedingungen möglich sein. Wer jedoch die Kinder erwerbsloser Eltern von dieser elementaren Bildung ausschließen will, betreibt in unverantwortlicher Weise Bildungs-Apartheid. Die Vorschläge von SPD und Bündnisgrünen zur Errichtung bundesweiter Zugangsschranken für Krippenplätze sind eine Kapitulationsurkunde vor den tatsächlichen Herausforderungen in der frühkindlichen Pädagogik. Zugangskriterien zum Schulhort konterkarieren die SPD-Sonntagsreden von der Ganztagsbetreuung in der Schule. Die Regierungsparteien müssen zur Vernunft gerufen werden und ihre Pläne zur Beschränkung der Zugangsbedingungen für KITA- Einrichtungen beerdigen, bevor weiterer Schaden entsteht.